

# Niederschrift RAT/003/2021

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt  
Rheine  
am 07.01.2021

Die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Großer Saal der Stadthalle Rheine.

## Anwesend als

### Mitglieder des Rates:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Volker Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Silke Friedrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
Frau Janine Heile-Limberg	FDP	Ratsmitglied
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Marius Himmler	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied

Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Claudia Kuhnert	BfR	Ratsmitglied
Herr Stefan Kutheus	SPD	Ratsmitglied
Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jörg Niehoff	FDP	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Tobias Rennemeier	CDU	Ratsmitglied
Frau Raphaela Scholz	CDU	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Bettina Völkening	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	BfR	Ratsmitglied
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied
Herr Prof. Dr. Thorben Winter	CDU	Ratsmitglied
Herr Holger Wortmann	CDU	Ratsmitglied

**Verwaltung:**

Herr Mathias Krümpel	Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Milena Schauer	Beigeordnete
Herr Jürgen Grimberg	Leiter Fachbereich 7
Herr Frank de Groot-Dirks	Leitung Büro des Bürgermeisters / Pressesprecher
Herr Tim Reuter	Schriftführer

**Entschuldigt fehlen:**

**Vorsitzender:**

Herr Dr. Peter Lüttmann	Bürgermeister
-------------------------	---------------

**Mitglieder des Rates:**

Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied
Frau Birgit Marji	UWG	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Frau Elke Rochus-Bolte	SPD	Ratsmitglied

Herr Lenz eröffnet in Abwesenheit von Herrn Dr. Lüttmann die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine.

Herr Lenz nimmt die Verpflichtung des neuen Ratsmitglieds Volker Brauer vor.

Herr Gausmann beantragt für die Verwaltung, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „Zuschuss zu den Elternbeiträgen für Kita/Tagespflege/Schulbetreuung“ zu erweitern. Er begründet, warum die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. Die Ratsmitglieder stimmen einstimmig für die Erweiterung der Tagesordnung.

**Öffentlicher Teil:**

**1. Informationen der Verwaltung**

**1.1. Gremiensitzungen im Januar**

Herr Krümpel informiert, dass coronabedingt sämtliche Gremiensitzungen im Januar ausfallen. Die Sitzungen sollen wenn möglich im Februar nachgeholt werden. Die Verschiebungen führen dazu, dass der Haushalt erst mit einer Verzögerung von ca. 4 Wochen verabschiedet werden könne.

**1.2. Beginn der Vermarktung städtischer Grundstücke**

Herr Krümpel informiert, dass die Vermarktung der Baugrundstücke an der Kolon-Eggert-Straße in Elte eine Woche früher beginne.

**1.3. Informationsbroschüre "Die Feuerwehr"**

Herr Krümpel verweist auf die Neuauflage der Basis-Informationsbroschüre „Die Feuerwehr“, die jedem Ratsmitglied auf den Tisch gelegt wurde.

**1.4. Gedenktafel am City-Haus**

Herr Krümpel informiert, dass der neue Miteigentümer des City-Hauses am Gebäude eine Gedenktafel für die Getöteten und Verletzten durch die Bombenexplosion bei Bau des Gebäudes im Jahr 1978 anbringen werde.

**1.5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Unabhängige Prüfung der Entwurfsplanung und Kostenberechnung RHZ**

Herr Krümpel informiert, dass der Fraktionsantrag vom 20.12.2020 in der heutigen Sitzung unter Tagesordnungspunkt 5 beraten werde.

**1.6. Antrag der Fraktionen CDU und FDP: Einrichtung eines baubegleitenden Ausschusses RHZ**

Die Antragsteller stellen den Antrag kurz vor. Herr Krümpel unterbreitet den Verfahrensvorschlag, den Antrag in der nächsten Ratssitzung zu beraten. Die Ratsmitglieder stimmen dem Verfahrensvorschlag zu.

**2. Einwohnerfragestunde**

Es folgen keine Wortmeldungen.

**3. Änderung in der Besetzung von Gremien**

Änderungsbedarfe werden nicht vorgebracht.

**4. Sanierung der Kopernikus-Sporthalle  
Vorlage: 002/21**

Frau Friedrich teilt mit, dass sie die Maßnahme als Notwendig betrachte, sich aber eine intensivere Vorberatung gewünscht habe.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die Sanierung der Kopernikus-Sporthalle entsprechend des beschriebenen Konzeptes.
2. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung, die geänderten Haushaltsansätze bei den Ein- und Auszahlungen in den Haushaltsplan 2021 aufzunehmen.
3. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung, entsprechend der Vorlage Nr. 376/20 einen Förderantrag aus dem „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ bei der Bezirksregierung Münster zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Unabhängige Prüfung der Entwurfsplanung- und Kostenberechnung in Bezug auf die Rahmenplan Innenstadt - Maßnahme B 5 - Funktionserweiterung, Neustrukturierung des Rathauszentrums einschließlich neuem Multifunktionssaal und Stadtbibliothek (5942-005)**  
Vorlage: 031/21

Frau Friedrich erklärt, dass aus ihrer Sicht eine Beschlussfassung ohne eine geprüfte und vollständige Kostenrechnung nicht erfolgen könne.

Herr C. Jansen ergänzt, dass die Bitte geäußert wurde, einen Bericht eines projektunabhängigen Controllers vorzulegen und für den Fall, dass ein solcher Bericht nicht vorliege, einen solchen zu beauftragen.

Frau Schauer bestätigt, dass aufgrund der Zeitknappheit zwar eine vollständige Planung, aber noch keine vollständige Prüfung der Kostenberechnung durch den Projektsteuerer vorliege. Im Rahmen der Prüfung können sich Änderungen bei den kalkulierten Kosten ergeben. Deshalb enthalte die Kostenberechnung Sicherheitszulagen. Dies wiederum sei der Grund, warum der Beschlussvorschlag eine Kostendeckelung von 65 Mio. Euro vorsähe. Eine unabhängige Prüfung der Kosten werde durch den Projektsteuerer vorgenommen. Die mehrere hundert Seiten umfassende Kostenberechnung werde sonst nicht beigefügt; wenn dies gewünscht sei, kann diese aber zur Verfügung gestellt werden.

Frau Friedrich fragt, nach welchem Standard die Berechnung erfolgte.

Frau Schauer antwortet, dass die Kostenberechnung nach DIN 276 durchgeführt wurde und dies bis auf die, 3. Ebene, also die genaueste Ebene. Dies sei der übliche Standard für eine Kostenberechnungen.

Herr C. Jansen stellt klar, dass nicht beabsichtigt sei, die Arbeit eines Bausachverständigen vorzunehmen. Es gehe darum bewerten zu können, ob ein nachvollziehbarer Prozess vorliege. Ferner sei der Zeitdruck nicht nachvollziehbar.

Herr Weßling pflichtet Frau Friedrich und Herrn Jansen bei und teilt mit, dass er mehr offene als beantwortete Fragen zu diesem Projekt habe.

Herr Ortel fragt, wie die in der Vorlage 537/20 zu Beschlussvorschlag Nr. 2 genutzte Formulierung „darf betragen“ zu verstehen sei.

Frau Schauer teilt mit, dass die Kernelemente des Projektes gesetzt und für 65 Mio. Euro umsetzbar seien.

Herr Hachmann erklärt, dass die Kostenungewissheit bekannt sei. Die heutige Entscheidung sei aber wichtig und sinnvoll, da es ansonsten zu einem Zeitverlust käme und Geld kosten würde. Ferner sei unklar, ob im nächsten Jahr entsprechende Fördermittel zur Verfügung stehen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Kenntnis.

**6. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt - Maßnahme B 5 - Funktionserweiterung, Neustrukturierung des Rathauszentrums einschließlich neuem Multifunktionsaal und Stadtbibliothek (5942-005)**  
**Grundsatzbeschluss zur Umsetzung**  
**Vorlage: 537/20**

Frau Schauer und Herr Krümpel beantworten die im Vorfeld von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingereichten Fragen.

Frau Schauer informiert diesbezüglich, dass eine Änderung des Bebauungsplans für das Projekt Stadthotel erforderlich sein werde, für das Rathauszentrum nicht.

Ferner informiert sie, dass die Leistungsphasen 3 und 4 bereits beauftragt wurden. Die Leistungsphasen 5 und 6 würden als Nächstes beauftragt werden, erst danach erfolge die Beauftragung der weiteren Leistungsphasen.

Auf die Frage nach den weiteren Kosten erklärt Frau Schauer, dass Einrichtungs- und Ausstattungskosten dem Projekt hinzugerechnet werden müssen. Die Kosten dafür stehen noch nicht abschließend fest, der Standard würde auch noch mit der Politik festgelegt werden. Eine erste Kostenschätzung beträgt ca. 2,2 Mio. €. Der Abriss des ehemaligen Hertie-Gebäudes werde mit dem Kaufpreis verrechnet. Die Umfeldgestaltung stelle ebenso wie der Ankauf eines Ladenlokals im Rathauszentrum jeweils ein eigenes Projekt dar. Nach Einschätzung der beauftragten Kanzlei sei das Risiko bezüglich des Urheberrechts gering.

Die Vereinbarung mit den Teileigentümern sei privatrechtlicher Natur und deswegen nicht öffentlich, der Politik aber bekannt.

Sie weist ferner darauf hin, dass die Sanierung der Tiefgarage nicht bei diesem Projekt enthalten sei, nur im Hinblick auf durch das Projekt ausgelöste Aspekte.

Auf die Frage zur Auslagerung antwortet Frau Schauer, dass durch den Bauablauf höchstens kurzfristige Auslagerungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung geplant sei. Bei der Stadtbibliothek bestünden keine Bindungsfristen, da keine Fördermittel für den letzten Umbau geflossen seien.

Bezogen auf die Fragen zu den Folgekosten erklärt Frau Schauer, dass sich abhängig von der konkreten späteren Nutzung des Multifunktionsbereichs Folgekosten ergeben. Hier sei aber beabsichtigt, diese kostendeckend auf den Nutzer zu übertragen. Instandhaltungskosten werden entsprechend der Empfehlung des Städte- und Gemeindebundes NRW mit 1,4 % des Wertes berechnet. Zusätzlicher Aufwand entstehe nur für die Aufstockungsflächen und die angekauften Flächen, die nicht vermietet werden, da alle anderen Flächen bereits heute unterhalten werden müssen.

Herr Krümpel antwortet anschließend auf die Fragen zu den Auswirkungen im Haushaltsplan: Er weist darauf hin, dass die Haushaltsplanung fortlaufend angepasst worden sei, letztmals durch Vorlage 448/20 im Bau- und Mobilitätsausschuss am 17.12.2020. Über 51 Mio. Euro seien schon bei Einbringung des Haushaltsplanes im Herbst 2020 veranschlagt worden. Die Neuverschuldung würde sich um 36,5 Mio. Euro erhöhen. Hierfür könnten langfristige Investitionskredite aufgenommen werden. Ohne Beschluss über die Gesamtmaßnahme müsste ein Großteil der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen über nicht gewünschte Liquiditätskredite abgewickelt werden.

Die Auswirkungen auf die Eigenkapitalentwicklung seien bereits im Diagramm im Vorbericht enthalten. Der Beschluss führe bis zum Beginn der Abschreibungen zu keiner Veränderung beim Eigenkapital.

Die Auswirkungen für den Haushalt seien ohne Umsetzung des Projektes deutlich negativer, da ansonsten direkt über den Aufwand die Sanierungsmaßnahmen das Eigenkapital deutlich höher belasten würden. Die dann fehlenden Fördermittel über 8 Mio. Euro würden sich zusätzlich im Laufe der Zeit negativ auf das Eigenkapital auswirken.

Gegenüber dem Entwurf könne das Ziel Budgetausweitungen im Ergebnisplan zu vermeiden weiterhin eingehalten werden, da keine weiteren Veranschlagungen erforderlich seien. Folgekosten seien im Haushalt frühestens ab 2024 i. H. v. rd. 641 Tsd. Euro zu veranschlagen. Das

Ziel sei ohne die heutige Beschlussfassung zur Gesamtmaßnahme nicht zu erreichen, da ansonsten rd. 5,2 Mio. Euro jährliche Belastungssteigerungen im Ergebnishaushalt zu erwarten seien.

Herr Krümpel teilt mit, dass die Sanierungen auch ohne Beschluss zur Gesamtmaßnahme in den nächsten Jahren durchgeführt werden müssen. Dadurch ergäben sich mittelfristig auch keine Verbesserungen beim Liquiditätsstand. Das Gegenteil sei der Fall, weil keine geordneten Investitionskredite aufgenommen werden können. Ohne Beschluss zur Gesamtmaßnahme sei eine Haushaltssicherung deutlich wahrscheinlicher.

Frau Floyd-Wenke beantragt aufgrund der Vielzahl an Informationen eine Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Entsprechend der Geschäftsordnung spricht sich Herr Brauer gegen und Frau Friedrich für den Antrag von Frau Floyd-Wenke aus.

Herr Lenz lässt über den Antrag von Frau Floyd-Wenke abstimmen:

Abstimmungsergebnis:                    12 Ja-Stimmen  
    32 Nein-Stimmen

Herr Hachmann erklärt anschließend, warum er es für richtig hält, die Maßnahme zu beschließen. Er erklärt, dass sich die 65 Mio. Euro Gesamtkosten aus 45 Mio. Euro Sanierungs- und 20 Mio. Euro städtebauliche Maßnahmen zusammensetze.

Die Sanierungskosten würden unabhängig vom heutigen Beschluss bestehen bleiben und vermutlich noch steigen. Für die städtebaulichen Maßnahmen können jetzt Fördermittel in Höhe von 8 Mio. Euro generiert werden. Ferner sei es ein deutliches Signal an den Investor Hertiefäche.

Herr Hachmann kritisiert, dass die Kostensteigerung gegenüber der zuletzt im Sommer genannten Summe zwar nachvollziehbar sei, die Kommunikation der Verwaltung diesbezüglich aber besser werden müsse.

Im Weiteren geht Herr Hachmann auf die finanziellen Aspekte ein und benennt hier u. a. die Mieteinsparung aber auch die Energieeinsparung. Er erläutert auch, warum eine Gesamtmaßnahme wirtschaftliche Vorteile gegenüber mehreren Einzelmaßnahmen habe und wie sich diese auf den städtischen Haushalt auswirken.

Abschließend nennt er die Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger, die sich aus der Maßnahme ergeben.

Herr Ortel teilt einleitend mit, dass auch er für die Umsetzung als Gesamtmaßnahme sei. Er spricht sich aber deutlich dafür aus, die Maßnahme nicht in der heutigen Sitzung zu beschließen. Es sei wichtig, erst die offenen Fragen zu klären. Er sei sich sicher, dass es auch in Zukunft Fördermittel geben werde. Vor einer Beschlussfassung sollte ein Konzept für ein zukunftsfähiges Rathaus erstellt werden. Er kritisiert ferner, dass diese Maßnahme so zeitnah nach den Kommunalwahlen beschlossen werden soll.

Herr Grimberg erläutert, dass Stellenausweitungen zu weiterem Büroflächenbedarf führe. Ziel sei es, dieser Bedarfssteigerung durch eGovernment, Digitalisierung etc. entgegenzuarbeiten.

Auch Herr C. Jansen spricht sich für die Umsetzung als Gesamtmaßnahme aus. Aber auch er hält den aktuellen Zeitpunkt für falsch. Er begründet dies mit den unvollständigen Kosten und dem unvollständigen Gesamtbild der Maßnahme. Auch die Folgen der Coronakrise seien noch nicht absehbar.

Herr Kutheus spricht sich für eine heutige Beschlussfassung entsprechend dem Beschlussvor-

schlag aus. Die Versäumnisse der Vergangenheit müssten beseitigt werden. Ferner sei mit der Maßnahme eine Steigerung der Aufenthaltsqualität für das gesamte Quartier verbunden.

Herr Brunsch nimmt Bezug zu einem Leserbrief der Tageszeitung in dem es hieß, dass jeder im Rathaus ein komfortables Dach über den Kopf habe. Herr Brunsch erläutert, dass der tatsächliche Zustand des Gebäudes nicht von außen ersichtlich sei.

Ferner spricht sich Herr Brunsch für die Umsetzung als Gesamtmaßnahme aus, da so gegenüber Einzelmaßnahmen Synergieeffekte genutzt werden könnten.

Gegen eine spätere Beschlussfassung spreche u. a. die dann bestehende Ungewissheit bei den Fördermitteln. Auch die CO<sub>2</sub>-Einsparungen, die Photovoltaikanlage und die Dachbegrünung sprächen für die Maßnahme.

Herr Bems ergänzt, dass die zu erwartende Baukostensteigerung ebenfalls für einen zeitnahen Maßnahmenbeginn sprechen würde. Auch die künftige Gestaltung der Städtebauförderung schätze er skeptischer ein.

Herr Bems plädiert für eine bessere Öffentlichkeitsarbeit über dieses Projekt und nimmt alle Ratsfraktionen hierzu in die Pflicht. Aus Beiträgen in sozialen Medien könne er entnehmen, dass viele Bürgerinnen und Bürger die Erforderlichkeit der Maßnahme noch nicht verstanden hätten.

Herr Ortel stellt in Frage, woher sich der Optimismus für die zurzeit kalkulierten Fördermittel in Höhe von 8 Mio. Euro ergebe. Außerdem hinterfragt er kritisch, ob die Abrisskosten für den Hertiekomplex tatsächlich mit dem Kaufpreis verrechnet werden könnten.

Frau Schauer teilt mit, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass es auch im nächsten Jahr Fördermittel geben werde. Dies sei jederzeit so mitgeteilt worden. Der Optimismus bezüglich der Fördermittel ergebe sich aus guten Gesprächen mit dem Fördermittelgeber.

Sie teilt mit, dass die Verwaltung weiterhin mit dem Investor des Hertiekomplexes in Verhandlungen stehe. Sobald diese Verhandlungen entscheidungsreif seien, werde dies dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Aus Sicht der Verwaltung werde der Hertiekomplex an den aktuellen Investor nur verkauft, wenn die Abrisskosten verrechnet werden würden. Der Abriss des Gebäudes würde die Vermarktungsmöglichkeiten in jedem Fall steigern.

Frau Friedrich beantragt einen abweichenden Beschlussvorschlag und verteilt hierzu das als Anlage 1 zur Niederschrift beigefügte Schriftstück.

Herr Weßling beantragt eine namentliche Abstimmung. Herr Lenz teilt mit, dass diesem Antrag 1/5 der Ratsmitglieder zustimmen müssen. Herr Lenz stellt den Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung. Dem Antrag stimmen mehr als die erforderliche Anzahl von 1/5 der Ratsmitglieder zu.

Herr Lenz lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen, da dieser der weitergehende Antrag ist. Die Ratsmitglieder werden in alphabetischer Reihenfolge zur Abstimmung aufgerufen.

Ergebnis der namentlichen Abstimmung:

Azevedo, José	Ja
Achterkamp, Marlen	Ja
Beckers, Til	Ja
Beckmann, Christian	Ja
Beckmann, Martin	Ja
Bems, Dominik	Ja
Brauer, Karl-Heinz	Ja

Brauer, Volker	Ja
Brunsch, Detlef	Ja
Doerenkamp, Markus	Ja
Ehrhardt, Melanie	Ja
Floyd-Wenke, Annette	Nein
Friedrich, Silke	Nein
Fühner, Dieter	Ja
Gude, Jürgen	Ja
Gude, Stefan	Ja
Hachmann, Andree	Ja
Heile-Limberg, Janine	Ja
Hewing, Udo	Nein
Himmler, Marius	Nein
Homann-Eckhardt, Nina	Ja
Hovestadt, Gertrud	Nein
Jansen, Christian	Nein
Jansen, Heinz-Jürgen	Nein
Kaisel, Christian	Ja
Kleene, Bernhard	Ja
Krage, Jens	Nein
Kuhnert, Claudia	Nein
Kutheus, Stefan	Ja
Lenz, Fabian	Ja
Leskow, Gabriele	Ja
Moritzer, Ulrich	Nein
Niehoff, Jörg	Ja
Ortel, Rainer	Nein
Overesch, Birgitt	Ja
Rennemeier, Tobias	Ja
Scholz, Raphaela	Ja
Stockel, Ulrike	Ja
Tappe, Markus	Ja
Völkening, Bettina	Ja
Weßling, Detlef	Nein
Willers, Helena	Ja
Winter, Thorben	Ja
Wortmann, Holger	Ja

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine beschließt:

1. Die als Abschluss der Leistungsphase 3 HOAI vorgelegte Entwurfsplanung für das Projekt „Funktionserweiterung, Neustrukturierung und Modernisierung des Rathauszentrums (RHZ) einschließlich neuem Multifunktionssaal und Stadtbibliothek“ als Grundlage für die Weiterführung der Planung und Umsetzung der gesamten Baumaßnahme und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Leistungsphasen 5 – 8 unter Berücksichtigung der nachfolgende Beschlüsse.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der als Bestandteil der Entwurfsplanung vorgelegten Kostenberechnung mit dem Ziel einer weiteren Optimierung eine Kostenprüfung durchzuführen und dem Bau- und Mobilitätsausschuss nach Vorlage des Prüfungs-



**7. Zuschuss zu den Elternbeiträgen für Kita/Tagespflege/Schulbetreuung**  
**Vorlage: 036/21**

**Beschluss:**

1. Der Rat beschließt für den Monat Januar 2021 einen Zuschuss von 100 % zu den Elternbeiträgen für Kita/Tagespflege/Schulbetreuung zu gewähren.
2. Die Gewährung des Zuschusses gilt für die Folgemonate, solange das Land NRW die hälftigen Kosten für die Kita/Tagespflege erstattet.
3. Sollte das Land keine Erstattung mehr vorsehen und die Kitas weiterhin nur einen pandemiebedingten Betrieb (- 10 Std.) anbieten, wird der Beitrag lediglich in der Höhe des tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsumfanges in Rechnung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Anfragen und Anregungen**

**8.1. Situation der Schulbusse in Corona-Zeiten**

Herr Weßling erkundigt sich nach der Situation bei den Schulbussen in Zeiten von Präsenzunterricht.

Herr Gausmann erläutert u. a., dass Verstärkerbusse eingesetzt worden seien, die wöchentlich ca. 200 Fahrten zusätzlich ermöglichen.

**8.2. Freies WLAN im Rathaus**

Herr Karl-Heinz Brauer berichtet, dass im Bau- und Mobilitätsausschuss mehrfach von den anwesenden Einwohnern nach einem frei zugänglichen WLAN gefragt worden sei und fragt, ob dies umgesetzt werden könne.

Herr Grimberg berichtet, dass eine entsprechende Realisierung zeitnah erfolge.

**8.3. CO<sub>2</sub>-Ampeln**

Herr Ortel erkundigt sich nach dem Stand bei der Beschaffung der CO<sub>2</sub>-Ampeln.

Herr Gausmann teilt mit, dass die Ausschreibung noch nicht abgeschlossen sei. Eine Beschaffung aber zeitnah erfolge

***Ende des öffentlichen Teils der Sitzung:***

***19:08 Uhr***

---

Fabian Lenz  
Erster stellvertretender Bürgermeister

---

Tim Reuter  
Schriftführer

